



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 02.12.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Masterplan Mobilität: Stadtbahn Landkreis
Ludwigsburg
- Erste Ergebnisse
Wirtschaftlichkeitsuntersuchung 2010 und
weiteres Vorgehen

Vorl.Nr. 481/10

Beratungsverlauf:

Einleitend weist BM **Schmid** darauf hin, dass der Landkreis, die Region, Markgröningen und Möglingen in ihren jeweiligen Gremien dem in Vorl. Nr. 481/10 vorgeschlagenen Vorgehen bereits zugestimmt hätten.

Herr **Reiter** (FB Stadtplanung und Vermessung) erinnert an die der Stadtbahn-Idee zu Grunde liegenden Überlegungen. Er stellt in verkürzter Form die Vor- und Nachteile sowie die verschiedenen Anwendungsbereiche einer Stadtbahn und eines Bussystems gegenüber und informiert über Erfahrungen mit den jeweiligen Systemen. Er weist darauf hin, dass sich das Niederflur-Stadtbahnssystem als technisch machbar für Ludwigsburg erwiesen habe und fasst die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen zum Thema Stadtbahn zusammen. Insbesondere geht er auf Wirtschaftlichkeitsfragen und das Ergebnis der Kosten-Nutzen-Berechnung ein. Obwohl der Kosten-Nutzen-Faktor zuletzt niedriger als erwartet ausgefallen sei, habe man die Hoffnung, diesen durch Systemoptimierungen auf ein förderfähiges Ergebnis von 1,0 verbessern. Er geht kurz auf potentielle Optimierungsansätze mit und ohne Infrastrukturveränderungen sowie auf eine mögliche Trassenveränderung ein. Die Verwaltung empfehle, die noch offenen Fragen und Optimierungsmöglichkeiten zu klären und werde hierfür 8 500 € per Dezernentenverfügung bereitstellen.

Stadtrat **Noz** weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion die Stadtbahn nicht vorbehaltlos befürworte. Als Gründe führt er unter anderem an, dass diese dem Umland viel mehr nutze als Ludwigsburg selbst, dem Individualverkehr in Ludwigsburg dringend benötigte Flächen wegnehme und dass seine Fraktion die Amortisation der Investitionen bezweifle. Vor einer Stadtbahn seien aus seiner Sicht vordringlich der Nord-Ost-Ring, eine Lösung für die B 27, die Waiblinger Straße, die Ostumfahrung Asperg beziehungsweise die Strombergstraße, die Eisenbahnstraße oder auch Investitionen ins Radwegenetz anzugehen. Seine Fraktion trage zwar die weiterführenden Untersuchungen mit, da man sich alle Optionen offen halten solle, wolle aber die Trassenführung nochmals diskutieren. Er regt an, eine alternative Führung der Stadtbahn auf der Trasse Schwieberdinger Straße, Franckstraße, Leonberger Straße und Hindenburgstraße zu untersuchen, da diese den Individualverkehr weniger beeinträchtigen. Was die Wilhelmstraße und die angrenzenden Fußgängerzonen anbelange, so seien diese gut über das Busnetz angebunden. Ein Anschluss an die Stadtbahn am Bahnhof genüge. Statt die Innenstadt anzubinden, sei seine Fraktion der Auffassung, dass eine Stadtbahnhaltestelle im Tammerfeld mehr Sinn mache.

Stadträtin **Liepins** beurteilt die bisherigen Untersuchungsergebnisse als ernüchternd, will die

weiteren Untersuchungen jedoch mittragen, solange diese in einem vertretbaren Kostenrahmen blieben. Auf Basis des dann neu ermittelten Kosten-Nutzen-Faktors müsse man weitersehen, vor allem, da die Stadtbahn unter ökologischen Aspekten wohl Sinn mache. Als kritischen Punkt in den Überlegungen sieht auch sie die Trassenführung. Während der Anschluss am Bahnhof sicher problematisch sei, sei eine Führung in der Hindenburgstraße und Robert-Franck-Allee gut vorstellbar. Sie stellt in Frage, ob die Trassenführung nach Obweil positive Auswirkungen auf den Kosten-Nutzen-Faktor habe. Abschließend betont sie, dass die heute sehr guten Taktzeiten im Busverkehr sich bei einer Realisierung der Stadtbahn nicht verschlechtern dürften.

Stadtrat **Glasbrenner** anerkennt, dass es viele Beispiele für die gelungene Einführung einer Stadtbahn gebe, bezweifelt jedoch, dass diese eins zu eins auf Ludwigsburg übertragbar seien. Skeptisch sehe er insbesondere die Wirtschaftlichkeit sowie die Frage der verkehrstechnisch sinnvollen Trassenführung durch Ludwigsburg. Mit Blick auf die schon hervorragende Taktung des Busverkehrs sowie die Zusammenhänge zwischen einer kostengünstigen Trassenführung und einer, die den größtmöglichen Einzugsbereich abdecke, sehe er Schwierigkeiten. Eine Verschlechterung der ÖPNV-Verbindungen durch die Stadtbahn werde seine Fraktion nicht akzeptieren. Dennoch wolle er die weiteren Untersuchungen mittragen und hoffe, dass diese offene Fragen beantworteten und zu einem positiven Ergebnis führten.

Stadtrat **Gericke** bedauert, dass die Untersuchungen zu Stadtbahn nur langsam vorankämen. Die Stadtbahn habe insbesondere im Bereich des Klimaschutzes erhebliche Vorteile. Auch müsse ihre Trasse aus Gründen der Wirtschaftsförderung unzweifelhaft durch die Innenstadt geführt werden. Auch wenn das Busnetz in Ludwigsburg sehr gut sei und viel genutzt werde, sei durch die Stadtbahn sicherlich noch eine Steigerung machbar. Insbesondere in West-Ost-Richtung könne man eine große Verbesserung für die Bürgerschaft erzielen. Auch er trage die weiteren Untersuchungen mit und hoffe auf eine einfache, kostengünstige und vor allem zukunftsfähige Lösung.

Stadtrat **Haag** erläutert, seiner Fraktion sei insbesondere die Einbindung der Stadtbahn in das Gesamtsystem, die Verbindung über den Bahnhof nach Stuttgart sowie das Einfügen der Stadtbahn in den Kontext des Städtebaus wichtig. Er plädiert dafür, die Trassen so zu wählen, dass diese im Einzugsbereich von 300m möglichst viele Menschen erreiche. Unter diesem Aspekt sei eine Führung über die alte Bahntrasse weniger sinnvoll. Ideal sei hingegen die Mörikestraße, da dort auch viele Beschäftigte die Bahn nutzen könnten. Kritisch sehe er auch die beabsichtigte Anbindung des Schlösslesfelds, die schon zufriedenstellend von Bussen geleistet würde. Abschließend betont er, dass die grundsätzliche Skepsis seiner Fraktion hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit noch bestehe. Er wolle jedoch die Chance nutzen, durch Optimierungen und weitere Untersuchungen den Kosten-Nutzen-Faktor zu verbessern. Dies dürfe aber nicht zu einer Verschlechterung der Taktzeiten des Busverkehrs führen.

Stadträtin **Burkhardt** stellt für Ludwigsburg besondere Schwierigkeiten mit dem Ost-West-Verkehr fest. Sie begrüße daher die Stadtbahn grundsätzlich und stimme den weiterführenden Untersuchungen zu. Die gleichzeitige Untersuchung verschiedenster Verkehrsführungsstränge führe allerdings zu einem zu niedrigen Kosten-Nutzen-Indikator. Daher solle die Untersuchung aus ihrer Sicht reduziert werden auf eine Stadtbahnführung zwischen Markgröningen und Remseck sowie auf die Klärung der Fragen, welche vorhandenen Trassenteile noch genutzt werden könnten, wo diese sinnvoll und kostengünstig ausgebaut werden könnten und in welchen Bereichen zwischen der Ludwigsburger Weststadt und Remseck eine neue Trasse gebaut werden müsse. Das Beharren auf einer Trassenführung in der Ludwigsburger Innenstadt mache wirtschaftlich hingegen keinen Sinn. Ein wichtiges Kriterium sei auch die Verbindung von Wohnbezirken mit Gewerbebereichen sowohl innerhalb der einzelnen Gemeinden als auch im Kreis. Weiter erinnert sie die Verwaltung an den Arbeitskreis „B27“, der sich schon lange mit Verkehrsentlastungen durch die Stadtbahn beschäftige. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe sollten ernster genommen werden als bisher und in die offiziellen Untersuchungen einbezogen werden.

Herr **Reiter** geht zunächst auf die von verschiedenen Gremienmitgliedern befürchtete Verschlechterung im Busverkehr ein und hebt hervor, dass es durch die Überlappungen von Bus- und Stadtbahntakten insgesamt zu keiner Verschlechterung kommen werde. Was die angeregten Veränderungen der Trassenführung anbelange, so könne dies Ludwigsburg nicht alleine Entscheiden. In jedem Fall zögen Trassenveränderungen neue Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach sich. Zum Anschluss Tammerfeld weißt er darauf hin, dass die Stadt gegebenenfalls die Kosten für eine Trassierungsuntersuchung alleine tragen müsse, da sich hierfür noch kein Finanzier gefunden habe. Zudem sei von der Region bereits zweimal ein grundsätzlich vergleichbarer S-Bahnanschluss im Tammerfeld geprüft und für unattraktiv und unwirtschaftlich befunden worden.

Im Anschluss an die Aussprache kündigt BM **Schmid** an, dass die Verwaltung wie in Vorl. Nr. 481/10 beschreiben weiter vorgehen und die vertiefenden Untersuchungen beauftragen werde.

Das Gremium stimmt dem einmütig zu.

Die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nrn. 639/06 und 648/08 sind damit erledigt.

TOP 1.1	- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2006	Vorl.Nr. 639/06
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl. Nr. 639/06 ist mit Bericht zur Vorl. Nr. 481/10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.

TOP 1.2	- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2008	Vorl.Nr. 643/08
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl. Nr. 643/08 ist mit Bericht zur Vorl. Nr. 481/10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg beteiligt sich am Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ des Landes Baden-Württemberg und am Zertifizierungsverfahren „European Energy Award“. Parallel zu dem in der Abschlussphase befindlichen Gesamtenergiekonzept der Stadt Ludwigsburg soll damit sichergestellt werden, dass die Umsetzungsmaßnahmen des Energiekonzepts angesichts der begrenzten Haushaltsmittel der Stadt mit ergänzenden staatlichen Fördermitteln realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz (krank)

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) informiert über die Verortung der Teilnahmen am Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ und am Zertifizierungsverfahren „European Energy Award“ innerhalb des Masterplans Energie. Er geht zunächst kurz auf die zu erwartende finanzielle Unterstützung ein, die die Stadt Ludwigsburg im Falle einer Förderzusage aus dem Projekt „Klimaneutrale Kommune“ erwarten könne. Sodann schildert er vertiefend das eea-Verfahren. Mit Bezug auf die Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 30.11. 2010 weist er darauf hin, dass die Frist zur Zertifizierung bereits verlängert worden sei, weshalb man den Beschluss zur Teilnahme nicht nochmals verschieben und auf eine abschließende Diskussion des Ludwigsburger Gesamtenergiekonzepts warten könne. Der Antragsstellung müsse dennoch ein energiepolitisches Arbeitsprogramm zu Grunde liegen, das in Anlage 1 zur Vorl. Nr. 487/10 dargestellt sei. Er betont die Bedeutung dieses Arbeitsprogramms für die Zertifizierung, weist aber auch darauf hin, dass mit Beschluss der Vorl. Nr. 487/10 keine Vorabentscheidung über künftige energiepolitische Arbeitsschwerpunkte getroffen werde. Sofern sich das Gremium im Rahmen der weiteren Beratungen bei einzelnen Maßnahmen für ein von der Vorl. Nr. 487/10 abweichendes Vorgehen entscheide, beeinträchtigt dies die Zertifizierung nicht.

Stadtrat **Noz** äußert sich grundsätzlich einverstanden mit dem vorgeschlagenen Vorgehen. Wichtig sei ihm jedoch, dass mit der heutigen Beschlussfassung nichts auf den Weg gebracht werden dürfe, was hohe Folgekosten oder zusätzlichen Personalaufwand mit sich bringe. Auch bei den einzelnen Maßnahmen des Arbeitsprogramms wolle man sich heute noch nicht binden.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt zu verstehen, dass der WKV nach seinem Kenntnisstand zwar die Vorl. Nr. 487/10, jedoch ausdrücklich nicht das energiepolitische Arbeitsprogramm beschlossen habe. Dies müsse auch heute Grundlage der Abstimmung sei, da der in der Anlage benannte Arbeitskatalog aus seiner Sicht Punkte enthalte, die so nicht Konsens seien und so sicher auch in Zukunft nicht so beschlossen würden. Nur wenn die Verwaltung in der Lage sei, die Zertifizierung anzustreben, ohne das Arbeitsprogramm verbindlich festzuschreiben, dann könne er hierbei

mitgehen. Eine Festschreibung des jetzigen Stands des Arbeitsprogramms könne seine Fraktion nicht mittragen.

Stadtrat **Gericke** freut sich über die erheblichen Fortschritte, die die Stadt in energiepolitischen Fragen in den letzten Jahren gemacht habe. Diesen Weg müsse man weitergehen und möglichst viele Punkte des Arbeitsprogramms möglichst zeitnah umsetzen. Er ist sich sicher, dass sich die hierfür eingesetzten Ressourcen in Zukunft bezahlt machten.

Wie Stadtrat Glasbrenner vertritt auch Stadtrat **Haag** die Ansicht, dass der WKV der Vorlage nur unter der Prämisse zugestimmt habe, dass das Arbeitsprogramm noch diskutiert werden müsse. Auch er selbst wolle diesem „energiepolitischen Gemischtwarenladen“ heute nicht endgültig zustimmen. Es müsse zuvor genauer geprüft werden, welche Maßnahmen überhaupt Sinn machten und wo man Schwerpunkte setze.

Stadträtin **Burkhardt** stimmt der Beschlussvorlage in erster Linie zu, um die Bezuschussung mit Fördergeldern zu sichern. Dem energiepolitischen Arbeitsprogramm hingegen stimme sie explizit nicht zu, da zum einen das Gesamtenergiekonzept fehle und zum anderen im Arbeitsprogramm wichtige Maßnahmen fehlten.

Sodann beantwortet Herr **Geiger** Fragen des Gremiums zum Verhältnis von Fördermitteln zum eigenen Aufwand der Stadtverwaltung, zu den Referenzen des eea-Beraters bei der Ludwigsburger Energieagentur, zu den Vorteilen bei einer Zertifizierung sowie insbesondere zur Einordnung des energiepolitischen Arbeitsprogramms. Er betont nochmals dessen Bedeutung als Grundlage der Zertifizierung, weist aber zugleich darauf hin, dass die Fraktionen im WKV bekundet hätten, sich politisch nicht zu stark binden zu wollen. Man habe daraufhin entschieden, das Arbeitsprogramm nicht politisch zu beschließen, sondern lediglich zur Kenntnis zu nehmen, an was die Verwaltung im Augenblick arbeite. Dies sei auch per Protokollnotiz festgehalten und auf dieser Basis habe man im WKV die Vorl. Nr. 487/10 beschlossen.

Stadtrat **Noz** empfiehlt, für die heutige Beschlussfassung die gleiche Protokollnotiz als Grundlage zu nehmen.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet darum, die besagte Protokollnotiz am kommenden Montag schriftlich in den Fraktionszimmern auszulegen.

BM **Schmid** sagt dies zu. Nach Abschluss der Aussprache verweist er darauf, dass OBM Spec im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 30.11.2010 bereits klargestellt habe, dass mit der Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 487/10 nicht zugleich auch das energiepolitische Arbeitsprogramm zum European Energy Award inklusive aller Maßnahmen verbindlich mitbeschlossen werden solle. Sodann ruft er unter Berücksichtigung dieser Klarstellung zur Abstimmung auf. Abschließend kündigt an, die Protokollnotiz werde im Rahmen der endgültigen Beratung im Gemeinderat dann auch nochmals für alle nachvollziehbar verlesen.

TOP 3 **Bauvorhaben Harteneckstraße 32**
- **Neubau einer Tagesklinik**
- **Vorstellung durch den Bauherrn**

Beratungsverlauf:

Herr **Klammroth** (Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim) informiert das Gremium einleitend darüber, dass sich der bereits genehmigte Umbau als genauso teuer wie ein Neubau herausgestellt habe. Sodann erläutert er die Konzeption der geplanten Tagesklinik und benennt die Vorteile, die ein Neubau gegenüber einem Umbau habe.

Herr **Klimczyk** (HWP Planungsgesellschaft) zeigt die aktuelle Bebauung des Grundstücks an Hand von Plänen und Fotografien auf. Er stellt die Neubauplanung vor, präsentiert Pläne und Schnitte und verdeutlicht die geplante Nutzung und Geschossbelegung. Man habe bereits den Kontakt zur Nachbarschaft gesucht und diese bewerte das Vorhaben, insbesondere auf Grund der verbesserten Hofsituation, positiv.

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) macht auf die Vorgaben des gültigen Bebauungsplanes aufmerksam und weist darauf hin, das unter anderem hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung, der Baulinien und der Rücksprünge des Dachgeschosses Befreiungen erforderlich seien. Das Vorhaben bewege sich an der Grenze des Machbaren.

Das Gremium hält die Abweichungen vom Bebauungsplan insbesondere unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte des Neubauvorhabens und des Alters des Bebauungsplaneseinmütig für vertretbar.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Noz** erklärt Herr **Klammroth**, dass durch die Tagesklinik nicht mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen sei. Zudem stünden im neu gebauten Parkhaus direkt gegenüber Stellplätze zur Verfügung.

BM **Schmid** kündigt an, mit den heute vorgestellten Plänen in die Nachbarschaftsanhörung einzusteigen. Er sagt zu, dass bei der Bauausführung Wert auf eine ansprechende Fassadengestaltung gelegt werde.

TOP 4

Bauvorhaben Solitudeallee 2
- Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses

Vorl.Nr. 534/10

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) stellt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 534/10 die eingereichte Bauvoranfrage für das Grundstück Solitudeallee 2 sowie die angefragten Bebauungsalternativen vor und weist auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes und die Notwendigkeit zur Erstellung eines Lärmgutachtens hin. Abschließend bestätigt er, dass sich durch den Neubau eines Wohnhauses an dieser Stelle keine Veränderungen für die umgebenden Gewerbebetriebe ergäben, da im Umfeld bereits Wohnbebauung vorhabenden sei.

Das Gremium steht dem Vorhaben einmütig skeptisch gegenüber und betont, eine gewerbliche Nutzung vorzuziehen, sofern diese realisierbar sei. Einerseits sei eine Nachverdichtung im Innenbereich durchaus wünschenswert, andererseits sei die Attraktivität einer Wohnnutzung genau an dieser Stelle jedoch fraglich. Wenn man sich dennoch für eine Wohnnutzung entscheide, müsse sichergestellt werden, dass eine spätere Einschränkung des Gewerbes durch die Nähe zur Wohnnutzung ausgeschlossen werde.

Herr **Mayer** empfiehlt, die baurechtliche Entscheidung mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zu verknüpfen. In diesem solle dann explizit auf die gewerbliche Nutzung der Umgebung und die Auswirkungen hingewiesen werden. Der jeweilige Eigentümer werde verpflichtet, diese Hinweise an seinen Rechtsnachfolger weiterzugeben.

Stadtrat **Noz** spricht sich dafür aus, das Vorhaben vor Abgabe eines Votums zunächst nochmals in der Fraktion zu diskutieren. Dort wolle er auch einen möglichen Aufhebungsbeschluss sowie dessen Folgen thematisieren.

BM **Schmid** beendet daraufhin den Tagesordnungspunkt und erklärt, die Diskussion in den Fraktionen abwarten zu wollen.

TOP 5

Hartenecker Höhe
Außenanlagen Kinder- und Familienzentrum und
öffentlicher Kinderspielplatz
- Bautechnischer Entwurfsbeschluss

Vorl.Nr. 529/10

Beschluss:

Die Ausführungsplanung und Ausschreibung der Außenanlagen des Kinder- und Familienzentrums Hartenecker Höhe und des nördlich angrenzenden öffentlichen Kinderspielplatzes erfolgt auf der Grundlage der Entwurfsplanung des Büros Mundsinger und Hans, Ostfildern (Entwurfsbeschluss).

Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch ausstehenden Vergaben in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz (krank)

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erinnert daran, dass man sich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 29.04.2010 für den Entwurf des Büros Mundsinger und Hans entschieden habe. Seit dem Frühjahr sei der Entwurf mehrfach diskutiert und abgestimmt worden. Er macht mit Verweis auf die Vorl. Nr. 529/10 auf die inhaltlichen Änderungen und Ergänzungen, insbesondere auf die flächenmäßige Vergrößerung der Außenanlagen, aufmerksam und berichtet, dass sich in der mittlerweile vorliegenden Kostenermittlung die Baukosten reduziert hätten. Abschließend kündigt er an, dass die Ausschreibung Anfang 2011 stattfinden werde. Mit den landschaftsgärtnerischen Arbeiten könne dann im Frühjahr begonnen werden.

Frau **Reyser** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht an Hand von Plänen nochmals detaillierter auf die wichtigsten Änderungen in der Planung der Außenanlagen ein.

Das Gremium äußert sich einmütig zustimmend zur Planung.

Stadträtin **Liepins** freut sich besonders über die Vergrößerung der Außenanlagen sowie die Reduzierung der Kosten. Bedauerlich sei, dass das Streetball-Feld nun ganz weggefallen sei. Sie regt an, an anderer Stelle einen Alternativstandort zu suchen.

Auch Stadtrat **Kromer** erhofft sich Angebote für alle Generationen. Neben einem multifunktionalen Kleinspielfeld für Jugendliche sei auch eine Boule-Bahn für Senioren wünschenswert.

Stadträtin **Schübler** stimmt ihren beiden Vorrednern zu. Sie betont, dass die erzielte Reduzierung der Gesamtkosten nicht zu Lasten der Qualität gehen dürfe.

Aus Sicht von Stadtrat **Glasbrenner** hat der Entwurf durch die zwischenzeitlich erfolgten Überarbeitungen gewonnen.

Stadtrat **Haag** stimmt dieser Einschätzung zu. Gut gefalle ihm auch die Weiterführung der Achse der Cäsar von Hofacker-Anlage. Allerdings sei das Gelände seiner Meinung nach zu bewachsen und verschattet.

Stadträtin **Burkhardt** befürwortet die vorgeschlagene Planung und die vorgenommenen Änderungen grundsätzlich. Sie warnt davor, dass die geplanten Trampoline zu Lärm und unverhältnismäßigen Folgekosten führen könnten.

Im Anschluss beantwortet Frau **Reyser** Fragen des Gremiums zu den Kosten des Spiel- und Fluchtturm, zu den verwendeten Bodenbelägen und zur befürchteten Verschattung. Sie sagt zu, die Möglichkeiten zur Platzierung eines Spielfeldes im Grünbereich südlich der Turnhalle oder in der Nähe des Regenrückhaltebeckens zu prüfen.

Sodann stellt BM **Schmid** die Vorl. Nr. 529/10 zur Abstimmung.

TOP 6

Bebauungsplan "Tammer Straße" Nr. 072/06 in
Ludwigsburg-Eglosheim
- Satzungsbeschluss
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 420/10

Beschluss:

I. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangen sind, werden zur Kenntnis genommen. Sie führen nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander zu keiner Änderung der bisherigen Planung, die zu einer erneuten Beteiligung führen würden.



II. Aufgrund von § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Landesbauordnung (LBO) in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) werden entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) vom 19.11.2010 der **Bebauungsplan „Tammer Straße“ Nr. 072/06** und die örtlichen Bauvorschriften nach Abwägung aller Belange als **S A T Z U N G** beschlossen.

Der Geltungsbereich wird im Wesentlichen begrenzt durch die Tammer Straße, den Finkenweg, den Meisenweg, den Starenweg, den Falkenweg sowie den Schwalbenweg.

Maßgebend ist der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 19.11.2010, bestehend aus dem Lageplan mit Zeichenerklärung und Textteil sowie die Begründung vom 19.11.2010.

Diesem Beschluss wird die Abwägung/Stellungnahme des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) mit der Begründung des Beschlussantrages vom 19.11.2010 und deren Anlagen zugrunde gelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz (krank)

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) gibt einleitend einen Rückblick auf das Planungsverfahren zum Neubaugebiet „Tammer Straße“ und verweist auf die eingeholten Gutachten sowie die vorgenommenen Planänderungen. Er freue sich, dass gemeinsam mit den bisherigen Anwohnern im Gebiet ein tragfähiger Kompromiss habe erarbeitet werden können und dass mit diesem Baugebiet nun dem Wunsch nach einer verstärkten Entwicklung im Innenbereich Rechnung getragen werden könne.

Die Stadträte **Kromer** und **Griesmaier** bestätigen übereinstimmend, dass sich aus der Bürgerbeteiligung positive Änderungen ergeben hätten. Es sei gut, dass die Verwaltung auf die Anwohner im Gebiet zugegangen sei, deren Anliegen ernst genommen und einen guten Kompromiss erarbeitet habe. Dem Ziel, die Bevölkerungsstruktur in Eglosheim durch die Ansiedlung junger Familien zum Vorteil zu verändern, sei man nun einen Schritt näher gekommen. Gleichzeitig passe sich das städtebauliche Erscheinungsbild des neuen Baugebiets gut in das umgebende Kleinsiedlungsgebiet ein. Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion stimmten daher dem heutigen Satzungsbeschluss gerne zu und hofften auf eine baldige Umsetzung.

Stadtrat **Gericke** erinnert daran, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen immer für das Neubaugebiet „Tammer Straße“ ausgesprochen habe. Positiv bewerte seine Fraktion den Umweltbericht sowie die entsprechenden Ausgleichszahlungen. Negativ sei hingegen, dass diese in Maßnahmen am Neckar investiert würden anstatt direkt in Eglosheim. Die Durchführung von Aufwertungsmaßnahmen am Riedgraben sei seiner Fraktion wichtig. Ansonsten könne er der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Stadtrat **Haag** unterstützt die Nachverdichtung im Gebiet „Tammer Straße“. Gemessen an typischen Neubaugebieten würden immer noch relativ großzügige Grundstücke ausgewiesen. Dieses Angebot spreche sicher junge Familien an und trage damit zur Verbesserung der Monostruktur im Stadtteil bei. Auch die FDP-Fraktion stimme daher der Verwaltungsvorlage zu.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, sie werde dem Bebauungsplan zustimmen, weil ihr eine Verbesserung der Bewohnerstruktur wichtiger erscheine als der Erhalt der großen Gärten. Sie beanstandet mit Verweis auf den Antrag Vorl. Nr. 229/10, dass die Verwaltung derzeit keine Untersuchungen und Planungen für Renaturierungsmaßnahmen im Gewässerbereich im Sinne des Grünleitplans in Auftrag geben wolle. In den Zugwiesen, wo neben zahlreichen anderen Baugebieten auch die „Tammer Straße“ ausgeglichen werden solle, sei der Anrechnungsfaktor jedoch nicht so hoch, dass alle Ausgleichsflächen dort liegen könnten. In diesem Zusammenhang betont sie die Notwendigkeit der bereits von der Verwaltung angekündigten Diskussion des monetären Ökokontos sowie der Schaffung zusätzlicher Ausgleichsflächen.

Herr **Schilling** (FB Tiefbau und Grünflächen) informiert daraufhin vertiefend über die Verortung des Großteils der Ausgleichsmaßnahmen in den Zugwiesen und weist darauf hin, daneben im Neubaugebiet neue Bäume im Straßenraum gepflanzt würden. Das Ziel, das Wasser des Riedgrabens in Eglosheim wieder an die Oberfläche zu bringen, werde im Rahmen des Grünleitplanes weiterverfolgt. Der Antrag Vorl. Nr. 229/10 ist damit erledigt.

Frau **Schröder** (FB Stadtplanung und Vermessung) und Stadtrat **Glasbrenner** bestätigen auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** übereinstimmend, dass die Erhöhung der GRZ auf 0,3 auch gegenüber der Bürgerschaft stets offen kommuniziert worden sei.

Für den Stadtteilausschuss Eglosheim spricht Frau **Schrader-Ehmer**. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Einbindung der Bürgerschaft und erklärt, den erarbeiteten Kompromiss mitzutragen.

Im Anschluss ruft BM **Schmid** die Vorl. Nr. 420/10 zur Abstimmung auf.

TOP 6.1	- Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom 07.05.2010	Vorl.Nr. 229/10
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch ergänzenden Bericht des FBs Tiefbau und Grünflächen zur Vorl. Nr. 420/10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 6.

TOP 7	Sanierungs- und Instandhaltungsplanung städtischer Gebäude	Vorl.Nr. 350/10
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichtet mit Verweis auf die Vorl. Nr. 350/10 über die Sanierungs- und Instandhaltungsplanung städtischer Gebäude. Insbesondere geht er ein auf den Entwicklung des Gebäudebestands und der Flächen sowie die auf dieser Basis entwickelte Planung für die Gebäudesanierung. Insgesamt sei festzustellen, dass der Bestand in einem guten, dem jeweiligen Alter entsprechenden Zustand sei.

Das Gremium bedankt sich einmütig für die informative Vorlage und spricht sich dafür aus, das Datenmaterial als Grundlage für Planungs- und Entscheidungsfragen regelmäßig fortzuschreiben.

Sodann beantwortet Herr **Weißer** Fragen des Gremiums zum Zeit- und Wiederbeschaffungswert der Gebäude, zu den Kriterien bei der Prioritätenfindung innerhalb der Sanierungsmaßnahmen, zu dem für die nächsten Jahre zu erwartenden finanziellen Bedarf im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, zum Stellenwert der energetischen Sanierung sowie zur künftigen Einführung eines objektbezogenen Portfolio-Managements.

Die Anträge der CDU-Fraktion, Vorl. Nrn. 614/06 und 559/09, sind hiermit erledigt.

TOP 7.1 - Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2006 Vorl.Nr. 614/06

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 614/06, ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl. Nr. 350/10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 7.

TOP 7.2 - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009 Vorl.Nr. 559/09

Beratungsverlauf:

Der Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 559/09, ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl. Nr. 350/10 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 7.